Informations- und Nachrichten Büro Ha5040

Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöftland/AG
Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker
Wochenbericht erscheint in der Regel jeden Donnerstag
Erscheint auch in *swissvox.ch* – in 20 Ländern
tis.hagmann@bluemail.ch

Wochenbericht KW 46/2026





D. Sanierung der DB – Deutsche Bundesbahn

Der linke Klingenbeil hat wieder einmal die «Leistungen» bei der laufenden Sanierung der DB in den (Eisenbahn)Himmel gelobt. Nur ist da nicht viel dran. Es meinte grossspurig: «Zwischen **Rostock und München liegen 775 Kilometer**. Genauso viele Schienenkilometer werden in diesem Jahr saniert.» Betrachten wir das rein technisch: sind denn tatsächlich in ganz Deutschland derartige Mengen an Umbauzügen vorhanden…? Woher stammen denn die Spezialgleisbaumaschinen so plötzlich? Ev. von den Russen? Das Streckennetz der Deutschen **Bahn misst ca. 39.000 Kilometer** und im Tempo von Herrn Klingenbeil dürfte das Netz **erst in 52 Jahren saniert** sein! Diese Rechnung geht aber nicht ganz auf, da ein grosser Teil der Schienen-Infrastruktur nach max. 40 Jahren ausgetauscht werden muss! Einfacher: nach 40 Jahren sanieren, sind die ersten (sanierten) Gleise schon wieder zur Sanierung fällig! Der gegenwärtige Rückstand ist gewaltig! So gibt es etwa Oberleitungen, die zum Teil schon 80 Jahre alt sind. Dann sind noch unzählige Linien nicht eingerechnet, die der Elektrifizierung harren! Spannend: die West – Ost – Linien werden in erster Priorität saniert. Schliesslich müssen «Räder rollen»!

EU/CH. Mehr Kontrolle über unser Geld:
EU schränkt den Weg zum Auslandskonto ab 2027 ein!

Bankkonto in der Schweiz, GB oder den USA – und damit zumindest einen Teil des eigenen Vermögens ausserhalb des unmittelbaren EU-Bankensystems halten? Was bislang grundsätzlich möglich war, wird **für EU-Bewohner ab 2027 deutlich schwieriger**. Mit der neuen Bankenrichtlinie CRD VI greift Brüssel tief in den grenzüberschreitenden Geldverkehr ein.

Dass es dabei tatsächlich um den Zugang von Drittstaatenbanken zum europäischen Markt geht, steht bereits unmissverständlich in der offiziellen EU-Richtlinie selbst. In Erwägungsgrund 5 heißt es, dass Unternehmen aus Drittstaaten, die bestimmte Kernbankdienstleistungen in der EU anbieten wollen, mindestens eine Zweigstelle in einem Mitgliedstaat errichten müssen, die nach EU-Recht zugelassen ist. Damit betrifft die Regel ausdrücklich auch Banken außerhalb der Union, die Einlagen oder andere erfasste Bankdienstleistungen für Kunden innerhalb der EU anbieten wollen. Der entscheidende Hebel

steckt in Artikel 21c. Ab dem **11. Januar 2027** dürfen Banken aus Drittstaaten bestimmte Kerngeschäfte mit Kunden in der EU grundsätzlich nicht mehr einfach aus ihrem Heimatland heraus anbieten. **Wer Einlagen von EU-Kunden annimmt, Kredite vergibt oder Garantien bereitstellt, benötigt grundsätzlich eine entsprechend zugelassene Präsenz in dem betreffenden EU-Staat. Die Deutsche Bundesbank bestätigt diese neue Beschränkung ausdrücklich.**
Das Bemerkenswerte daran: **Dem Bürger wird das Auslandskonto nicht direkt verboten. Stattdessen reguliert man die ausländische Bank.** Das Ergebnis kann für den Kunden dennoch ähnlich aussehen. Für eine kleinere Schweizer, britische oder asiatische Bank kann es wirtschaftlich schlicht uninteressant sein, wegen einiger Hundert oder Tausend Kunden eine regulierte Niederlassung in einem EU-Staat aufzubauen.
Damit entsteht eine neue Form der Kontrolle nicht durch ein ausdrückliches Verbot, sondern durch Regulierung des Zugangs. Der Bürger darf theoretisch weiterhin Geld außerhalb der EU halten – doch die Zahl der Institute, die ihm diese Möglichkeit anbieten können oder wollen, könnte erheblich schrumpfen. Besonders brisant ist der Zeitpunkt. Für Verträge, die **vor dem 11. Juli 2026**abgeschlossen wurden, sieht CRD VI Bestandsschutz vor. Neu abgeschlossene Geschäftsbeziehungen können dagegen ab Januar 2027 unter das neue Regime fallen. Internationale Wirtschaftskanzleien bereiten Banken bereits auf genau diese Zäsur vor.
Es gibt allerdings eine wichtige Ausnahme, die bei aller Kritik nicht unterschlagen werden darf: die sogenannte **„Reverse Solicitation“**. Wenn ein EU-Bewohner eine ausländische Bank ausschließlich aus eigener Initiative anspricht, kann die Dienstleistung weiterhin zulässig sein. Doch die Bank darf den Kunden zuvor nicht angeworben haben und kann diese Ausnahme auch nicht beliebig zum Vertrieb weiterer Produkte nutzen. Was für ein Gummiartikel!
Genau hier zeigt sich, wie weit Regulierung inzwischen in die individuelle finanzielle Entscheidungsfreiheit hineinreicht. Nicht die Überweisung von 20.000 Euro auf ein Schweizer Konto wird durch CRD VI verboten. Auch gibt es kein generelles Verbot, Vermögen außerhalb der EU zu halten. **Aber Brüssel bestimmt zunehmend die Bedingungen, unter denen ein außerhalb der EU ansässiges Institut überhaupt noch Bankgeschäfte mit einem EU-Bewohner machen darf.**
Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde bezeichnet Artikel 21c selbst als Verbot der direkten Erbringung bestimmter Bankdienstleistungen aus Drittstaaten und sieht keinen Anlass, diese Regel grundsätzlich zu ändern.
Damit fügt sich CRD VI in eine größere Entwicklung ein: Finanzströme werden transparenter, Banken stärker miteinander und mit Behörden vernetzt, grenzüberschreitende Geschäftsmodelle dichter reguliert. Achtung neuste Wortkreation: Einschränkung heisst im Jargun Brüssells «transparente Gestaltung»! Jeder einzelne Schritt lässt sich mit Finanzstabilität, Verbraucherschutz oder Geldwäschebekämpfung begründen. Zusammengenommen entsteht jedoch ein Finanzsystem, in dem es für den Einzelnen zunehmend schwieriger wird, sich dem heimischen beziehungsweise europäischen Regulierungsraum überhaupt noch zu entziehen. Das ist der entscheidende Punkt. **Ein Staat muss Kapitalflucht nicht verbieten, wenn er die möglichen Ausgänge immer enger machen kann.** Noch ist ein Auslandskonto kein verbotenes Auslandskonto. Noch darf ein EU-Bewohner sein Geld außerhalb der Union halten. **Doch CRD VI zeigt exemplarisch, wie finanzielle Freiheit eingeschränkt werden kann, ohne sie auf dem Papier abzuschaffen. Und diese Lumpenverträge sollen wir annehmen!?**
QUELLE: DIRECTIVE (EU) 2024/1619 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL OF 31 MAY 2024 AMENDING DIRECTIVE 2013/36/EU AS REGARDS SUPERVISORY POWERS, SANCTIONS, THIRD-COUNTRY BRANCHES, AND ENVIRONMENTAL, SOCIAL AND GOVERNANCE RISKS (TEXT WITH EEA RELEVANCE)

EU/D. Der Winter kommt (per Zufall)

Europa hat bei seiner Energiepolitik nicht besonders weit vorausgedacht. Oder besser gesagt, von der Hand in den Mund. Da die Dummheit, (offiziell) kein russisches Öl zu kaufen, immer noch in den Holzköpfen der Kriegstreiber herrscht, wird es einen teuren und harten Winter geben. Für die Bürger natürlich! Die Lagerbestände im Oktober sind auf einem Tiefsstand und die Versorgungswege alles andere als gesichert. Niemand nimmt zur Kenntnis, dass der

bisherige Versorgungsgrad nur erreicht bzw. gehalten werden konnte, weil (auf Umwegen) immer noch **russisches Öl und Gas zu uns kommt**. Auch aus Kasachstan und Aserbaidjan kommt laufend Öl. Da kann der Wadephul noch lange die Lüge verbreiten «Russland ist unser ewiger Feind». Dieser Kriegstreiber muss endlich begreifen, dass selbst sein Dienstwagen ohne russischen Sprit nicht fahren würde. Und hier **die Mengen der letzten Jahre:**

- die neusten russischen Regierungsangaben (Oktober 20226) belegen, dass seit Beginn 2022 bis Oktober 2026 Erdöl und Erdgas im Gesamtwert von **rund 320,7 Milliarden US-Dollar** (ca. 286 Milliarden Euro) an die **Europäische Union** geliefert wurden! Allein die Lieferungen in den ersten 9 Monaten 2026 beliefen sich auf ca. 21,3 Mia. US$! Das müssen die Kriegstreiber und Russenhasser ganz einfach begreifen. Sofern sie über die dazu notwendigen Kräfte und geistigen Eigenschaften verfügen
- Trotz des EU-Ölembargos und der Sanktionen, bleiben bestimmte Importe rechtlich möglich. Dazu gehören Pipeline-Öllieferungen über die **Druschba-Pipeline** sowie Flüssiggas (LNG) und bestimmte Ausnahmen für Erdölprodukte
- In diesen offiziellen russischen Zahlen sind Energieträger nicht erfasst, die über **Drittstaaten** wie Indien, China oder die Türkei als Zwischenhändler oder nach dortiger Veredelung des Rohöls ihren Weg nach Europa finden. Oftmals mit «neuen» Herkunftsnachweisen und alle glauben, es sei US-Öl!

Nachtrag: in Russland kostet 1 Liter Diesel Mitte Oktober im Durchschnitt 87-90€ Cent! Man rechne… bzw. man beachte, wie wir hierzulande betrogen werden.
Und gelesen haben sie die 20 000 Seiten des Knechtschaftsabkommens sowieso nicht.

Ukraine: Organisierte Kriminalität als Motor von Korruption und politischen Unruhen

Bei ihrem Besuch in Kiew im Juli lobte die Präsidentin der *Europäischen Kommission*, Ursula *von der Leyen*, den Konflikt der Ukraine mit Russland als „existentiellen Kampf für Europas Freiheiten, für seine Werte, … für alles, wofür diese [EU-]Flagge steht". Ähnlich feierte die EU-Delegation beim Europarat am 4.9. **„Freiheit und Demokratie** in der Ukraine.

Am 8.9. trat der Generalstaatsanwalt dieses Vorzeigelandes der Demokratie und europäischen Werte, **Ruslan Krawtschenko**, wegen Ermittlungen des Nationalen Antikorruptionsbüros NABU zurück. Vier Tage zuvor hatte das NABU die Generalstaatsanwaltschaft durchsucht und einen stellvertretenden Leiter, **Serhiy Kropywa**, festgenommen. Das NABU gab die Aufdeckung „einer kriminellen Organisation unter der Führung eines hochrangigen Beamten" bekannt. ***Krawtschenko* verließ in der Nacht des 13.9. eilig das Land**. In den vergangenen 12 Monaten gab es weitere große Korruptionsfälle, darunter:

Ein Schmiergeldskandal beim Atomkonzern *Energoatom* in der Höhe von 100 Millionen $ kostete im November 2025 Energieministerin **Svitlana Hryntschuk** und den Justiz- und Ex-Energieminister **Herman Haluschtschenko** ihre Posten; *Haluschtschenko* wurde später festgenommen. Der mutmaßliche Drahtzieher, **Timur Minditsch**, Miteigentümer von *Selenskijs* Comedy-Studio *Kvartal 95*, floh nach Israel.
https://www.dw.com/de/korruptionsaffäre-in-kyjiw-gefahr-für-selenskyj/a-77149440

Andrij Jermak, Selenskys langjähriger Geschäftspartner und seit 2020 Leiter des Präsidialamts (OP), trat zurück und wurde inzwischen wegen Geldwäsche im Zusammenhang mit Energoatom angeklagt. Die stellvertretende Leiterin des OP, **Iryna Mudra**, wurde im August 2026 ihres Amtes enthoben, als das NABU ihr Geldwäsche zur Zahlung der Kaution für *Haluschtschenko* vorwarf.

Die ukrainische Botschafterin in den USA, **Olha Stefanischina**, wurde im August 2026 entlassen, nachdem gegen sie Anklage wegen „unrechtmäßiger Bereicherung" und falscher Vermögensangaben erhoben worden war.

Der ehemalige Logistikchef der Luftwaffe, Oberst **Andrij Ukrainez**, wurde im Februar 2026 wegen Unterschlagung im Rahmen eines Beschaffungsskandals im Verteidigungsbereich 4 festgenommen. Das NABU, das vom Westen finanziert wird und „Liberale" wie den abge-

setzten Verteidigungsminister **Mychailo Fedorow** unterstützt, rückt mit den Ermittlungen immer näher an Präsident *Selenskyj* heran. Die Generalstaatsanwaltschaft versucht ihrerseits, dem NABU Korruption nachzuweisen. Keine der beiden Seiten setzt sich für eine friedliche Beilegung des Krieges mit Russland ein. Die Ukraine leidet unter diesen politischen Auseinandersetzungen - einige davon gewalttätig.

Am 3.9. traf eine Drohne das Büro des Chefs des Inlandsgeheimdienstes SBU, **Olexandr Poklad**, in der Kiewer Innenstadt. Ukrainische Militärblogger gingen davon aus, dass sie vor Ort gestartet worden war. Zwei Tage zuvor war es in Kiew auf offener Straße zu einer Schießerei zwischen Beamten von *Poklads* SBU und Mitarbeitern des Militärgeheimdienstes HUR gekommen, wobei ein HUR-Mann starb und zwei weitere verletzt wurden.

Die ukrainische Wissenschaftlerin Marta *Hawryschko*, die sich auf Holocaust-Studien und Nationalismus spezialisiert hat, war entsetzt, als *Selenskyjs* Team am 6.9. ein Video veröffentlichte, in dem er mit den zu Besuch weilenden US-Gesandten Steve *Witkoff* und Jared *Kushner* scherzte und ihnen T-Shirts mit der Aufschrift „Kiewer Regime“ überreichte - ein Versuch, Moskau zu provozieren, das diesen Begriff verwendet. „Ihr seid ein Regime, ihr seid ein unterdrückerisches, autoritäres Regime, … das keine Legitimität mehr hat“, rief *Hawryschko* in einem *YouTube*-Interview mit dem britischen Ex-Diplomaten Ian *Proud.* Sie schilderte die Not der Ukrainer, die unter Krisenbedingungen ums Überleben kämpfen, was bereits lange vor diesem Krieg begann. Die Bevölkerung, die bei der Unabhängigkeit 1991 noch bei 52 Millionen und bei der letzten Volkszählung 2001 bei 48,5 Mio. lag, ist seither auf wahrscheinlich 20-25 Mio. geschrumpft. Es gibt dreimal so viele Todesfälle wie Geburten. Hunderttausende oder mehr sind im Krieg ums Leben gekommen. Frauen prügeln sich auf der Straße mit Einberufungsteams, um zu verhindern, daß ihre Männer oder Söhne in einen Transporter gezerrt und zur Front abtransportiert werden. Hunderttausende Soldaten sind desertiert. Die Streitkräfte brauchen jeden Monat 30.000 neue Soldaten, nur um den Personalbestand zu halten, sagt der Leiter des *Operativen Hauptquartiers*, Kyrylo *Budanow*.

Elf oppositionelle Parteien wurden 2022 ohne ordentliches Verfahren verboten. Die Anonische Ukrainisch Orthodoxe Kirche wurde verboten, obwohl sie die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat abgebrochen hatte. Menschen werden mit Geldstrafen belegt, wenn sie in „offiziellen“ Gruppenchats von Schulen oder Wohnanlagen in anderen Sprachen als Ukrainisch schreiben, und sie können wegen „Rechtfertigung“ oder „Verherrlichung“ russischer Handlungen - was sehr weit ausgelegt wird - inhaftiert werden. So viel zur Demokratie...

CH. Ist das eine neue Erkenntnis? Wo lebt das Bundesamt für Wohnungswesen?

O-Ton aus dem amtlichen Presse-Bulletin: «Das neuste Update des Online-Monitors Wohnungsmarkt des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO) zeigt: Die Lage auf dem Schweizer Wohnungsmarkt hat sich 2025 und im ersten Halbjahr 2026 weiter verschärft. Besonders betroffen sind Wohnungssuchende mit tiefer und mittlerer Kaufkraft. Im *Fokus* steht zudem der **Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Wohnungsmarkt**.» Offenbar eine Erkenntnis, die in den Amtsstuben bisher unbekannt war. Jahrelange Studien haben zu dieser Erkenntnis geführt… und das bei ca. 40 Vollzeitstellen.

CH. Nehmen wir noch die Personalie Jacques Gerber etwas unter die Lupe

Der spendable Delegierte des Bundesrates für die Ukraine ist ein sog. «B-Fall» - ein Beziehungsdelikt. Die Stelle von **Jacques Gerber hätte öffentlich ausgeschrieben werden müssen**. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats. Im September 2024 ernannte der Bundesrat den ehemaligen jurassischen Regierungsrat zum Delegierten für die Ukraine. Nach dem Personalrecht des Bundes hätte diese Position jedoch ausgeschrieben werden müssen. Dies unterblieb – so die Begründung der beiden betroffenen Departemente – aufgrund der **Dringlichkeit** der Besetzung. Was soll denn da dringlich gewesen sein, mehr als 2,5 Jahre nach Kriegsbeginn?! Die Aufsichtsbehörde des Parlamentes weist dieses Argument in ihrem Jahresbericht zurück und fordert die Bundesräte Ignazio Cassis und Guy Parmelin auf, das Gesetz künftig einzuhalten. Das war’s dann! Keine Konsequenzen. Hauptverantwortlicher ist BR Cassis, der seinen „copain“ ins Amt geholt hat. **Schon beim Gehalt beginnt die Spendierfreudigkeit: ein sattes Jahresgehalt von sage und schreibe Fr. 270 000.- zuzüglich Spesen und Zulagen bei den Reisen ins**

Kriegsgebiet!!! Führungstätigkeit, Verantwortung usw.? Fehlanzeige. Der Spendier-Delegierte aus dem Jura kann weiter Geld verteilen in der Ukraine. Derartige Verstösse sind jedoch keine Ausnahme: Auch Christian Levrat wurde 2021 von der damaligen SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga zum Verwaltungsratspräsidenten der Post ernannt, ohne dass die Stelle zuvor öffentlich ausgeschrieben worden war. Die Korruption rollte.

D. Diese Zahlen lassen aufhorchen

Bereits zum 4. Mal hat in über 100 Städten Deutschlands ein «Schülerstreik» stattgefunden. Diesmal kann man die «Streikerei» nicht als Schwänzen des Unterrichts abtun. Eine ganz andere Absicht ist aktuell: über 45 000 Schüler und Jugendliche wehren sich gegen die allgemeine Wehrpflicht. Die Teilnehmer formulierten es weit einfacher und krasser: «Wir lassen uns nicht verheizen» oder **«Das Sterben überlassen sie uns – die Kinder der Rheinmetall Chef's gehen nicht in die Schützengräben».**
Der Unmut ist besonders gross. Die Regierung hat versprochen(!), mit der Zwangsmusterung erst ab Juli 2027 zu beginnen, in Tat und Wahrheit sind bereits über 1 000 Jugendliche ab 18 Jahren gemustert worden. Stand Ende Juli, dürften es inzwischen weit über 5 000 sein. Die Kriegsmaschine nimmt an Fahrt auf! Interessant ist auch die Tatsache, dass die Teilnehmerzahlen stabil oder rückgängig sind. In Gesprächen mit Teilnehmern erfährt man, dass das grösstenteils an scharfen Repressionen gegen die Schüler liege. Wie zu Corona-Zeiten: wer kritisch denkt, wird drangsaliert! Wir sind gespannt auf den nächsten Schülerstreik am 20. November 2026. Mit zunehmenden Teilnehmerzahlen nehmen auch die Repressionen zu. Nichts neues in «Gross Germania».

D. Und sie spinnen immer noch

Das Kommando'Spezialkräfte der Bundeswehr soll Aufträge erfüllen, bevor die regulären Bundeswehrkräfte zum Einsatz kommen. Sprich, unterhalb der Kriegsschwelle für die Kriegseröffnung sorgen! Die Ausbildung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr wird auf einen **Konflikt mit Russland** ausgerichtet. Statt sich auf kurzfristige Einsätze zu konzentrieren, bereitet sich die Spezialeinheit zunehmend auf längere Einsätze im Feld gegen einen konventionell bewaffneten Gegner vor. «Wir richten uns sehr konkret auf den Gegner Russland aus», erklärte der KSK-Kommandeur, **Brigadegeneral Andreas Kühne**. Es ist anzunehmen, dass er selbst nicht weiss, weshalb die Russen unser Feind sein sollen. Beweise hat er ohnehin keine. Unser Feind hockt primär in den Regierungen bei uns, die den Krieg herbeischnorren. Es ist noch nicht aller Tage Abend, das KSK hat riesige Personallücken und findet nur sehr schleppend geeignete Soldaten. Weil sich niemand mehr von dieser Regierung und Führung verheizen lassen will.

Frei nach Jaroslav Hâsek's Roman «Der brave Soldat Schwejik»
«Halt's Maul und diene! – das haben sie uns beim Militär gesagt.»
Und heute:
«Halt's Maul und gehorche – das hat uns die Gestapo gesagt.»



Die Schmarotzer, Bildungsfernen und Nichtskönner, die in der freien Wirtschaft niemand braucht, haben sich den Staat zur Beute gemacht. Sie sind scharf auf immer mehr Schulden und Steuern, weil sie selbst genau wissen, dass sie produktiv nichts leisten und all ihre Einnahmen letztlich nur aus diesen beiden Quellen kommen. Die Staatsschmarotzer kassieren als Politiker, NGO-Schnorrer, Gleichstellungsbeauftragte, Sozialpädagogen, „Experten" und dergleichen schamlos ab. Zu Lasten der Steuerzahler! Jeder , der dieses Konstrukt gefährden könnte, wird als „rechtsaussen" verunglimpft! Das „beste" Beispiel für Schmarotzertum sind die Linken in Berlin und die mit den Linken verbandelten Clan's und Politiker aller Farben:
das **Wahlprogramm der Linken in Berlin umfasst diese Forderungen:**

- Polizeiarbeit soll durch Sozialarbeit ersetzt werden

- Vermummung wird wieder erlaubt
- Geheimdienste auflösen, Opposition verbieten
- Solidarität mit verurteilten Gewalttätern
- Ein Jahr besetzen, dann gehört die Wohnung dir
- Schwarz fahren genereell erlaubt
- Gefängnis soll die absolute Ausnahme bilden
- Niemand wird abgeschoben
- Berlin macht seine eigene Einwanderungspolitik
- Staatliche Räume zum Crackrauchen
- Im Schwimmbad wird niemand kontrolliert
- Kliniken dürfen den Ernstfall nicht üben
- Keine Noten bis Klasse 9
- Kein Beton, kein Eigenheim, kein SUV

D. Die Umvolkung hat stattgefunden
Wer das nicht wahrhaben will, ist ein sorgloser Ahnungsloser. In Berlin, Hamburg und Bremen war **Mohammed 2025 der häufigste Jungenname** für Neugeborene. Die Gesellschaft für deutsche Sprache fasst dabei verschiedene Schreibweisen zusammen. Bundesweit liegt der Name auf Rang elf

A-WEF: 🔥Erstmals selbst dabei sein und Persönlichkeiten direkt treffen!
Zum ersten Mal öffnet das Alternativ-WEF seine Türen für eine begrenzte Zahl von Gästen! Am **11. und 12. Dezember 2026** kommen wieder unabhängige Denker, Unternehmer, Wissenschaftler, Publizisten und Aktivisten beim grossen **A-WEF Jahrestreffen in Prag** zusammen. Rund 30 Vortragende sprechen auf der großen A-WEF-Bühne. Wenn Sie die Persönlichkeiten, Diskussionen und Interviews einmal hautnah in Echtzeit erleben wollen, haben Sie jetzt die Chance, selbst vor Ort dabei zu sein!
Zu den Tickets: https://kartenverkauf.a-wef.com/events/aufagenturundfilmgmbh

D. sind wir im falschen Film?
Das Land **Hessen** zeichneten den Gauner und Kriegsherrn Selenskyi mit dem höchsten Orden des Landes aus. Also Blech-Verteilung. Er erhält am 1. Dezember die **Wilhelm-Leuschner-Medaille 2026**. Dafür muss er natürlich (aus dem Kriegsgebiet) anreisen. Mit grossem Gefolge, eigenen Sicherheitskräften und grossem Traritrara. Schliesslich muss dem grössten Waffenkunden Deutschlands die «Ehre» erwiesen werden. Und jetzt noch die (verlogene) Begründung der Landesregierung von Hessen für die Ordensverleihung: «**für diplomatische Bemühungen und die Schärfung des Bewusstseins für die europaäische Wertegemeinschaft und Solidarität»!** Auf derartigen Schrott aus Hessen pfeiffen wir. Sicher wird dann ganz Hessen eine Einladung zur Siegesparade in Kiew erhalten…

CH. Spendet Eidgenossen! Spendet! Bezahlt so schnell wie möglich die Steuern!
Ab 1.März 2027 **gelten alle Ukri's über 65 als AHV-Bezüger sofern sie ein Jahr in der Schweiz «geweilt» haben!** Nicht gearbeitet, «da waren», verpflegt und versorgt wurden! Es kommt noch dicker: die **Gemeinden bezahlen rückwirkend für 5 Jahre die Mindestbeiträge für diese «Schmarotzenden»!** Die Ukri Frauen können sich mit 62 und die Männer mit 63 für die AHV anmelden. Sie erhalten dann die **Minimalrente, das sind Fr. 1280.-.** Und weil per Zufall fast niemand mehr verheiratet ist, gibt es dann zwei Einzelrenten! Also für ein Ehepaar **2560.- pro Monat**. Dazu kommt noch die Sozialhilfe lebenslang. Und jetzt geneigte Rentner: tief durchatmen und den eigenen Leistungsausweis konsultieren! Eine Sauerei der Linken und schläfrigen Bürgerlichen! Fazit: 40 Jahre gearbeitet, eine mickrige Rente, mehrere Jahre auf die 13. Rente warten und gleichzeitig spendet der Bundesrat in 18 Monaten (2025/2027) 5 Milliarden in die Ukraine. Nachtrag: der Durchschnittslohn in der Ukraine beträgt Fr. 570.-

CH. Kanton Aargau. Wir glauben das vollumfänglich…
Ab Januar 2027 kocht das Kantonsspital Aarau nicht mehr selber für seine Patienten. Das Essen kommt dann vom Universitätsspital Basel. Dieses hat ein System entwickelt für **lang haltbare Fertiggerichte, die frischer sein sollen als frisch gekochtes Essen aus der Spitalküche.** Glauben wir auf's Wort! Dann dürften also in Aarau keine Köche mehr arbeiten, dafür aber ausgebildete «Systemgastronomen». Das sind die Börger-Brater im Mäc Doof! Der Neubau des KSA erfolgte ohne eigentlichen Küchenbau. Wie bitte? Aber das war schon 2019 bekannt. Die **az**, der Wannersche **a**l **z**hasira, berichtete davon, dass es ein **«neues Verpflegungskonzept»** geben würde. Das Essen kommt aus der Küche Uni Spital Basel angeliefert und soll vor allem aus einem **«wöchentlich wiederholendem Menüplan»** bestehen. Also immer dasselbe Essen??? Bei der französischen Armee gibt es immerhin

gut 20 Pakete «Combat Rations». Also ab dem 21. Tag wiederholt sich dann die «kulinarische Frische», aber unter Feldverhältnissen! **Im KSA dann ab dem 8. Tag**. Doch wir haben einen massiven Fortschritt in der Verpflegung gemacht! Auch in Anbetracht der Krisenvorsorge… Und mehrmals pro Tag soll der Food Truck durch den Stau im Belchentunnel und im Egerkinger Kreuz fahren? Wir ahnen es: dann wird das Morgenessen zum Mittagessen usw.! Wo man hinschaut, nur noch Profis am Werk! Aber im gleichen Departement will niemand wissen, wie viele Corona-Spritzen im Aargau vernichtet wurden bzw. Millionen an Franken in die Abfallverbrennung geworfen wurden. Von einer Aufarbeitung keine Spur. Aber dieses Geld muss auf irgendeine Weise wieder hereingeholt werden. Zum Beispiel mit einer **Spital-Fast-Food-Verpflegung.** Und die Musik spielt weiter…

CH. Der deep state. Am Beispiel einer Ordensverleihung…
Die «Elite» pilgert zu einer Show in Zürich…

Die Preisverleihung im Careum Auditorium, Zürich, an **Georg Häsler**. Die Stiftung für **Abendländische Ethik und Kultur** (STAB) hat am 31. Oktober 2026 ihren Jahrespreis an den Sicherheitsexperten(!) **Georg Häsler** (Redaktor am Hofe der FDP Zeitung NZZ) verliehen. **Mehrere hundert Gäste(!)** nahmen an der Feier im Careum in Zürich teil. Er ist ein NATO-Verfechter und deshalb die Miliz-Hierarchie hochgeschoben worden. Manchmal kann der Herr Oberst zwischen seiner militärischen Funktion und der getreuen, betreuten Hofberichterstattung nicht sauber unterscheiden.
Stiftungspräsident Martin Vollenwyder (das ist der Verantwortliche für das Desaster im Kinderspital, 2025!) begründete die Wahl Häslers mit seinen *fundierten Analysen.* **Das ist ein Hohn gegenüber allen bekannten Experten** in diesem Bereich wie Baud, Bossart, Ritter usw. Das sind echte Experten, die sich aufgrund ihrer Ausbildung und militärischen Tätigkeit tatsächlich Experte nennen dürfen. Im Gegensatz zum russophoben «Gschnorr» des Herrn Häsler… Er lag bisher mit seinen «Analysen» mehrheitlich im Abseits der Realität. STAB behauptet sogar in völlig abgehobener Weise, dass er «*die Meinungsbildung in der Schweiz zu geopolitischen Fragen entscheidend bereichert, frei von politischen Scheuklappen und im Dienst der liberalen Demokratie.» Bei dieser Lobhudelei beginnen die* Tasten am Kompi zu zittern, der Bildschirm flackert, ich sitze verständnislos vor dem Bildschirm und verstehe die Welt nicht mehr ob solch unangebrachter Schaumschlägerei…
Dann ist natürlich auch spannend, wer ihm die Laudatio hielt bzw. ihn vorgeschlagen hat. Ja, natürlich: **bon copain, Divisionär a. D. Alain Vuitel**. Dieser meinte gar, Freiheit und Demokratie seien nicht selbstverständlich, sondern müssten aktiv geschützt werden. Ausgerechnet durch Kräfte wie Häsler, die in der geschützten Werkstatt NZZ ihre NATO-Parolen verbreiten dürfen! Dann war natürlich noch die Lobeshymne zur «Zusammenarbeit mit der NATO und EU» nicht zu überhören. Alles weitere waren Worthülsen und gegenseitige Belobigung.
Die Stiftung STAB kann man nicht mehr ernst nehmen. Fast hätten wir es vergessen: das **Preisgeld** (Soldatenjargon Bakschisch) von **Fr. 50 000.- will der Berner FDP-Stadtrat(!)** für **humanitäre Projekte in der Ukraine** einsetzen. Wir übernehmen gerne die Verwendungskontrolle vor Ort, da nicht anzunehmen ist, dass der Herr persönlich mit Flixbus nach Kiev fährt. Und mit der «gefährlichen» Eisenbahn ohnehin nicht.

EU-Parlament verweigert den Zutritt für Julia Mendel – Skandal!

Julija Mendel, einst Pressesprecherin Wolodymyr Selenskyjs, wollte auf einer Veranstaltung im EU-Parlament über Frieden und Diplomatie sprechen. Doch man sperrte sie ohne Begründung aus und verbot den Dolmetschern die Übersetzung ihrer später per Videoschaltung gehaltenen Rede über die verheerenden Folgen des Ukrainekrieges. Das ist grundsätzlich der Umgang der EU mit selbständig und kritisch denkenden Parlamentariern und Bürgern!
Diesem totalitären Regime sollen wir also mit zweifelhaften Verträgen beitreten?! Was sagen denn die EU-Turbo's dazu? Die EU-Bücklinge Michel, Müller, Cassis, Wermuth usw.

**Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker,
Informations- und Nachrichtenbüro Ha5040 - Der nächste Wochenbericht: KW 47**